



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

November 2022

Bündnisdemo am 29.10: Solidarisch aus der Krise!



Wir waren nicht nur dabei, sondern gut zu sehen (Foto: Reinhard Schwandt)

Und es war hoffentlich nur der Auftakt zu einem Herbst mit breiten linken Bündnissen, die der Regierung Feuer unter dem Hintern machen. Allerdings ohne mit irgendwelchen rechten Verschwörungsfuzzis gemeinsame Sache zu machen!

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe:
Dienstag, 29.11.2022

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Solidarisch aus der Krise	S. 2
Demo: Tag gegen Gewalt an Frauen	S. 4
Gesundheitskiosk	S. 5
Rote Stullen	S. 7
DIE LINKE schenkt ein!	S. 7
SAGA Unterschriftenaktion	S. 9
St. Pauli aktiv	S. 9
Rot-Grüne Verkehrsexperimente	S. 10
Zeitkapsel Lagerhaus G	S. 12
Termine / Kontakt	S. 14

Solidarisch aus der Krise – Die Linke als Teil der ersten großen Bündnisdemo im heißen Herbst in Hamburg

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine wird vonseiten der Bundesregierung zu individuellem Verzicht, Solidarität und Zusammenhalt aufgerufen. Olaf Scholz wiederholt gebetsmühlenartig seinen neu gewonnenen Lieblingsspruch „You'll never walk alone“ und der Bundespräsident stimmt in einer Rede zur Lage der Nation auf „raue Jahre“ ein. Frank Walter Steinmeier redet dabei gar nicht erst um den heißen Brei herum und macht deutlich, dass zusätzliche Belastungen nicht vollständig vom Staat ausgeglichen werden können. Selbstverständlich tut es allen Politiker*innen weh, die Bevölkerung auf eine weitere Verschärfung der sozialen Krise in diesem Land vorzubereiten, man wird gar nicht müde zu betonen, dass viele Entscheidungen mit Bedauern getroffen werden, aber es geht nun Mal nicht anders. Wir alle befinden uns in einer der schwersten Krisen der Nachkriegsgeschichte und da muss eben jede und jeder seinen Teil zu beitragen – es darf schließlich nicht zu einer Spaltung in unserer Gesellschaft kommen! Das Narrativ des gemeinsamen Kraftaktes und die moralische Verpflichtung zum individuellen Verzicht wird geradezu in die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger geprügelt.



Auch die LAG SeniorInnen war dabei

Dass es sich dabei nicht um mehr als warme Worte handelt und dass die Krise vor allem zu Lasten derer geht, die schon jetzt unter der Dysfunktionalität unseres Systems zu leiden haben, ist offensichtlich. Krisengewinner*innen fahren weiterhin Milliardengewinne ein und von Steuerentlastungen profitieren vor allem diejenigen am meisten, die es am wenigsten brauchen. In Zeiten, in denen die Widersprüche des Kapitalismus einmal mehr offengelegt werden, braucht es echte Solidarität und Druck von der Straße! Damit

geht unmissverständlich einher, dass es keine Krisenlösungen von Rechts gibt und dass eine Vereinnahmung des Themas von AFD, Querdenken und Co. verhindert werden muss. Aus diesem Grund hat sich in Hamburg ein Bündnis aus 71 fortschrittlichen Gruppierungen unter dem Motto „Solidarisch aus der Krise – bezahlbares Leben für alle statt Profite für wenige“ zusammengeslossen und für den 29.10 zu einer gemeinsamen Demonstration aufgerufen – natürlich waren auch wir als *die Linke* Teil des Bündnisses und haben uns mit einem eigenen Block an dem Protest beteiligt.

Schon das erste Vorbereitungstreffen in den Räumlichkeiten des DGB erwies sich dabei als vielversprechend: Schätzungsweise 60 bis 70 Personen, die teilweise in vollständig unterschiedlichen Sphären des linken Spektrums zu verorten sind, waren bereit, interne Differenzen zurückzuhalten und konnten sich im Laufe der weiteren Vorbereitungen nach intensiven Diskussionen auf einen gemeinsamen Aufruf einigen. Auch parteiintern wurde viel Arbeit in die Demo-Vorbereitung gesteckt und unter anderem ein eigener Lautsprecherwagen organisiert, damit unseren Forderungen mit einem lautstarken „Die Linke Block“ Gehör verschafft werden konnte.

Am Tag der Demo selbst kamen schließlich mehr als 2.000 Personen am Berliner Tor zusammen, um gemeinsam für einen solidarischen Ausweg aus der Krise zu protestieren. Auch der Block unserer Partei war gut gefüllt und sorgte mit verschiedenen Transparenten auch für ein optisch ansprechendes Bild. Schade nur, dass unsere Parteimitglieder sich in drei große Gruppen aufspalteten: Eine vor dem Lauti, eine dahinter und diejenigen, die lieber beim Hamburger Forum mitliefen... Es wäre unserer Partei zu wünschen, dass bundesweit weitere Aktionen dieser Art folgen würden und sich der mediale Fokus weg von internen Streitereien und Talkshowauftritten Einzelner hin zu linken Antworten und unseren Aktivitäten auf der Straße bewegen würde.

In den Bündnisvorbereitungen gab es hinsichtlich eines Themas klare Einigkeit: Rechte sowie auch Verschwörungsideolog*innen haben auf der Veranstaltung nichts zu suchen! Leider sorgte genau dieses Thema auf der Demonstration selbst für einen Zwischenfall – Der „Schwarz-Rote 1. Mai“ gab noch am Berliner Tor bekannt, ihren geplanten Block kurzfristig aufzulösen, da mit dem „Hamburger Forum“ eine Organisation auf der Demonstration aufgetreten ist, die erst kürzlich

gemeinsam mit der verschwörungsideologischen und rechten Partei „die Basis“ auf der Straße war (weitere Infos zu den Aktivitäten des Hamburger Forums finden sich u.a. auf den Internetauftritten des Hamburger Bündnisses gegen Rechts). Es wurde bereits angekündigt, das Thema in einer Nachbesprechung aufzuarbeiten und sich für kommende Aktionen auf einen geeigneten Umgang mit dem Hamburger Forum zu einigen. Wie dieser Umgang auszusehen hat, sollte jedoch klar sein: Solange sich das Hamburger Forum nicht glaubhaft von Verschwörungsideolog*innen distanziert und gemeinsame Sache mit Parteien wie „die Basis“ macht, hat es keinen Platz auf einer solidarischen Bündisdemonstration.



Klares und eindeutiges Statement

Trotz dieses kleinen Dämpfers zu Beginn konnte ein insgesamt starkes Zeichen für linke und solidarische Wege aus der Krise gesetzt werden. In zahlreichen Redebeiträgen wurden Forderungen nach Preisdeckeln für Lebensmittel, Energie und Mieten sowie nach einer gerechteren Vermögensverteilung laut. Auch wir als Linke schafften es unsere Forderungen nach gezielten Entlastungen von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, einem Verbot von Strom- und Gassperren oder einer Fortführung des 9-Euro Tickets auf die Straße zu tragen.

Medial wurde ebenfalls (positiv) über das Bündnis und die Veranstaltung berichtet: So kamen z. B. in einem Beitrag des NDRs einige Teilnehmer*innen zu Wort und konnten ihren Beweggründen zur Beteiligung an der Demonstration sowie auch ihren Erwartungen an die Politik Öffentlichkeit verschaffen. Susanne aus Bergedorf berichtet z. B., dass sie gemeinsam mit ihrem

Sohn mit einem Budget von 104€ pro Woche haushalten muss und kämpft daher unter dem Motto „#ichbinarmutsbetroffen“ für mehr soziale Gerechtigkeit. Positiv hervorzuheben ist außerdem, dass viele junge Menschen auf der Straße waren – es zeigte sich: Bündnisarbeit und Geschlossenheit wirken!

Klar ist aber auch, dass weitere Aktionen folgen müssen. Obwohl die Demonstration einen starken Auftakt darstellte, braucht es noch größeren außerparlamentarischen Druck. Mehr als 2.000 Teilnehmer*innen sind ein guter Anfang, in einer Millionenstadt wie Hamburg ist jedoch mehr erforderlich, um eine wirkliche Veränderung zu erkämpfen. Ziel sollten weitere Aktionen sein, die langfristig Leute auf die Straße ziehen, die bisher vielleicht noch nie auf einer Demonstration oder anderweitig politisch aktiv waren. Wir als Linke können unseren Teil dazu beitragen, indem wir weiter auf die von der Krise am stärksten betroffenen Menschen zugehen, in unseren Stadtteilen aktiv sind, konkrete Hilfsangebote leisten und natürlich politische Antworten auf die desolante Politik die Bundesregierung liefern. Wichtig ist dabei die partei- und strömungsübergreifende Zusammenarbeit, die im Bündnis „solidarisch aus der Krise“ bereits gefruchtet hat und die Basis für weiteren Protest stellen sollte.



Ver.di ist und bleibt ein guter Bündnispartner

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen Bündnispartner*innen und hoffen auf zukünftige gemeinsame Aktionen. In den nächsten Tagen folgt ein Treffen zur Nachbesprechung, welches hoffentlich den Grundstein für weiteren Protest legt. Durch die Krise kommen wir nur solidarisch, weshalb auch weiterhin gilt: Bezahlbares Leben für alle statt Profite für wenige!

Hendrik Heidbüchel (Fotos: Chr. Schneider)

25. November - der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen* und Mädchen*

Bündnisdemonstration vom Hamburger Bündnis zum Internationalen 8.März Streik am 25.11.2022

Start: 18 Uhr Theodor-Heuß-Platz Bahnhof Dammtor

In Deutschland wurden dieses Jahr 85 Frauen umgebracht. Jede Stunde erfahren mindestens 13 Frauen Gewalt in ihrer Partnerschaft. Letztes Jahr gab es 204 Straftaten gegen trans Personen. Diese Zahlen sind nur die Spitze des Eisberges, denn die Dunkelziffer wird um ein Vielfaches höher geschätzt. Patriarchale Gewalt ist keine Ausnahme, sondern steht an der Tagesordnung egal wo wir uns befinden. Wir sind als Frauen, Lesben, inter, nicht binäre, trans und agender Personen unterschiedlichen Herausforderungen und Gewaltformen ausgesetzt, aber die systemische Grundlage bleibt dieselbe. Umso wichtiger ist der solidarische gemeinsame Kampf dagegen.

Insbesondere in Zeiten von Krieg und Krise sind wir weltweit vermehrten Angriffen auf unsere Selbstbestimmung und Rechte ausgesetzt. Von der Ukraine bis Äthiopien, von Kurdistan bis Mexiko: Gewalt gegen Frauen wird weiter als Kriegswaffe eingesetzt. Unter der Krise, die uns alle hier in Deutschland trifft, leiden Frauen mit am stärksten. Die Preise steigen, die Stimmung zu Hause ist angespannt zusätzlich sind wir weiter an unbezahlte Hausarbeit gebunden und stärker von Altersarmut betroffen. Auch wenn für Waffen 100 Milliarden da sind, ist für dringend benötigte Frauenhausplätze kein Geld da.

Bei all der Ungerechtigkeit stellen sich Fragen wie, warum werden Frauen nicht genug geschützt und Täter nicht konsequent bestraft? Warum werden die gravierenden Defizite beim Schutz der Frauen vor Gewalt in Deutschland, die selbst der Europarat zuletzt stark kritisierte, nicht beseitigt? Wir erinnern daran: Frauenrechte wurden nie auf einem Silbertablett serviert, sondern ausnahmslos auf der Straße erkämpft. Wir greifen die Stimme einer jeden auf, die wir im Kampf verloren haben und werden nur noch lauter!

Der herrschende Kapitalismus, der eng mit dem Patriarchat verflochten ist, kann trotz Pinkwashing und demokratisch-feministischer Fassade seine gewalttätige Natur und Widersprüche nicht verstecken. Die deutsche Außenministerin, welche „feministische Außenpolitik“ verspricht, aber mit der Türkei oder Saudi-Arabien Hände schüttelt, zeigt die Verlogenheit der bürgerlichen Politik gegenüber den Frauen.

Das aktuelle Ausmaß an Gewalt ist unerträglich, ob in Deutschland oder international. Umso mehr gucken wir voller Hoffnung auf die zunehmenden Frauenaufstände, die die herrschenden Verhältnisse herausfordern. Wir schöpfen Hoffnung aus dem Mut der Frauen im

Iran, der Organisiertheit der Frauen in Kurdistan und der Militanz der Frauen in Mexiko und stärken die internationale Frauensolidarität!

Jährlich gehen Frauen weltweit am 25. November auf die Straße, um gegen patriarchale Gewalt zu protestieren. Wir rufen alle Frauen, Inter, nicht binäre und trans Personen auch in Hamburg dazu auf am 25. November um 18:00 Uhr am Bf. Dammtor den vereinten Widerstand gegen all die patriarchalen, kapitalistischen und imperialistischen Staaten zu stärken.

JIN, JĪYAN, AZADĪ! (= Frau. Leben. Freiheit)

Wir fordern:

- mindestens 200 weitere Frauenhausplätze!
- Die Umsetzung der Istanbul Konvention!
- das Recht auf kostenfreie und legale Abtreibung – Paragraphen 218 aus dem StGB streichen!
- gleiche Löhne für alle, bezahlbarer Wohnraum und sichere Arbeitsplätze, die ein unabhängiges Leben ermöglichen
- Anpassung der Löhne und Sozialleistungen wie Kindergeld an die Preissteigerungen. Sofortige Preisstopps für Lebensmittel, Mieten, Sprit und Energie auf Kosten der Unternehmen!
- Jegliche Art von Homo- und Transfeindlichkeit in der Gesellschaft bekämpfen!
- eine unabhängige Zählstelle für (versuchte) Femizide und queerfeindliche Gewalt!
- Solidarisierung mit Frauen weltweit! Fluchtursachenbekämpfung sowie ehegattenunabhängiges Asyl- und Bleiberecht für alle Frauen und Familien, die vor Gewalt fliehen müssen!
- Ausbau von Präventionsarbeit, Bildungsangeboten und Beratungsstellen zu patriarchaler Gewalt!

*Die Demonstration wird wieder **only Flinta*** stattfinden.*

*Wir möchten **Flinta*** Personen die Möglichkeit für einen geschützten Rahmen bieten.*

FLINTA* ist eine Abkürzung und steht für [Frauen](#), [Lesben](#), [intergeschlechtliche](#), [nichtbinäre](#), [trans](#) und [agender](#)

Nora Stärz von der LAG-Feminismus und dem Hamburger Bündnis zum Internationalen 8.März Streik

Dokumentiert: **Gesundheitskiosk: Finanzierung sichern und langfristig in ein Lokales Gesundheitszentrum überführen**

(Antrag der Fraktion DIE LINKE)

„Seit fünf Jahren gibt es in den Stadtteilen Billstedt und Horn den Gesundheitskiosk. Der Kiosk dient als zentrale und vernetzte Anlaufstelle im Viertel, die vermittelt, berät und schult, aber nicht selbst Behandlungen anbietet. Mehr als 4.000 Menschen werden hier regelmäßig zu den unterschiedlichsten Gesundheitsthemen beraten und gegebenenfalls weitervermittelt. Die im April 2021 veröffentlichte Begleitevaluation des Hamburg Center for Health Economics (HCHE) bewertet das Angebot des Kiosks durchweg positiv und kommt zu dem Ergebnis, dass der Gesundheitskiosk zur Verbesserung der gesundheitlichen Chancen und einem besseren Zugang zu gesundheitlicher Versorgung der Menschen in den Stadtteilen Billstedt und Horn geführt hat. Demnach konnte ein Anstieg der ambulanten Arztbesuche bei gleichzeitigem Rückgang sogenannter vermeidbarer Krankenhausfälle, also die Erkrankungen, die auch im niedergelassenen Bereich versorgt werden können, beobachtet werden. Darüber hinaus wurde neben der verbesserten Zufriedenheit der Nutzer:innen mit der ärztlichen Versorgung, die besseren Vernetzung und Koordinierung der beteiligten Ärzt:innen festgestellt. Die Evaluatoren:innen empfehlen daher den Gesundheitskiosk in die Regelversorgung zu überführen.



Das gehört auch zum Thema! (Foto: Chr. Schneider)

Trotz der allseits anerkannten Arbeit des Gesundheitskiosks, haben nun drei von fünf der an der Finanzierung beteiligten Krankenkassen BARMER, DAK und Techniker Krankenkasse mitgeteilt, dass sie zum Ende des Jahres 2022 aus der Finanzierung aussteigen. Die Krankenkassen hatten nach Ablauf der Förderung des Kiosks durch den Innovationsfonds mit ihrer Finanzierung dafür gesorgt, dass das Gesundheitsangebot in den benachteiligten Stadtteilen fortge-

führt wurde. Berichten des NDR zu Folge bietet der Gesundheitskiosk aus Sicht der Krankenkassen in erster Linie Leistungen an, die es in den Stadtteilen Billstedt und Horn sowieso schon gibt - beispielsweise Beratungsangebote der Gesundheitsämter. Die Beratung sei zum Teil Sozialarbeit, für die die Kassen nicht zuständig seien.

Mit dem Gesundheitskiosk wurde ein Angebot geschaffen, das nachweislich zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Menschen in einem sozial belasteten und medizinisch unterversorgten Stadtteil beigetragen hat. Sollte dieses Angebot nicht weiterfinanziert werden, würde eine Lücke in den eh schon hinsichtlich der medizinischen Versorgung benachteiligten Stadtteilen entstehen. Gleichzeitig kann der Gesundheitskiosk nur ein Zwischenschritt zu einem Lokalen Gesundheitszentrum sein, das ärztliche Versorgung sowie Sozial- und Gesundheitsberatung interdisziplinär unter einem Dach anbietet. Der Senat fördert bereits drei Lokale Gesundheitszentren, davon eins des Trägers Gesundheit für Billstedt/Horn (GfBH) in Mümmelmannsberg. Die Finanzierung könnte als zweites Gesundheitszentrum unter dem Dach des Trägers langfristig gesichert werden.

Petition/Beschluss:

Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, sich bei den beteiligten zuständigen Fachbehörden und dem Hamburger Senat dafür einzusetzen,

1. dass der Erhalt des Gesundheitskiosks Übergangswise mit einer Fehlbedarfsfinanzierung sichergestellt wird und dafür ausreichend Mittel in den Haushaltsplanentwurf 2023/24 eingestellt werden
2. dass der Gesundheitskiosk langfristig in ein Lokales Gesundheitszentrum überführt wird.“

Anmerkung von Bernhard:

Selbstverständlich wurde dieser Antrag in der BV nicht beschlossen, sondern ein kurzfristig vorgelegter Antrag der DeKo, die auf „Gespräche mit den Krankenkassen“ setzt und nichts von öffentlichen Mitteln sagt. Dabei wird man nicht darum herumkommen, denn offenbar haben die drei ausgestiegenen Kassen den Koalitionsvertrag und den Besuch von Lauterbach in Billstedt als ihre Chance zum Ausstieg interpretiert: Wenn die Idee Gesundheitskiosk politisch gewollt ist, dann

soll „die Politik“, also der Steuerzahler, das Ganze auch finanzieren. Das ist von Seiten der Kassen zwar weder ethisch noch moralisch, aber betriebswirtschaftlich sinnvoll. Gespräche mit den Kassen sind sicher nicht falsch, aber vermutlich aussichtslos. Das Kind liegt im Brunnen.

Aber: Der Gesundheitskiosk mit seinem mehrsprachigen und ganzheitlichen Angebot muss natürlich bleiben, egal wie er finanziert wird. Und

dafür treten die BillstedterInnen ebenso ein wie unsere Fraktionen in Bürgerschaft und Bezirksversammlung. Ebenso natürlich auch der SeniorInnenbeirat in Hamburg Mitte und andere Gremien.

Die BillstedterInnen planen weitere Aktionen zum Erhalt „ihres“ Gesundheitskiosks und unser Genosse und Liedermacher Uwe Böhm hat schon mal wieder zur Feder gegriffen:

Der Gesundheitskiosk

Strophe:

Du verstehst unsere Sprache noch nicht so richtig gut,
deshalb fehlt dir für einen Besuch beim Arzt ein wenig Mut
Der Gesundheitskiosk nimmt sich deiner Probleme an
und führt dich ganz behutsam an unser Gesundheitssystem heran.
Dort erfährst du in deiner Sprache, worauf du achten musst.
Hier kannst du alles verstehen. Das ist ein großes Plus.

Refrain:

**Der Gesundheitskiosk muss bleiben, da reden wir nicht viel
Auf der Basis unseres Kiosks ist ein Gesundheitszentrum das Ziel.
Wir wollen dafür sorgen, dass der Kiosk bleibt.
Sonst sind wir jede Woche hier. Wir sind dafür bereit.**

Strophe:

Ich selber habe den Kiosk schon öfter gebucht.
Damals habe ich nach einer Krebsportgruppe verzweifelt gesucht.
Selber konnte ich nichts finden, was mich überzeugt,
da hat dann der Kiosk mich ganz toll betreut.
Man empfahl mir eine Gruppe, die in meiner Nähe war
Die konnte ich auch online nutzen. Das war wunderbar

Refrain:

Strophe:

Drei Krankenkassen wollen den Kiosk nicht mehr finanzieren.
Ihr Kassen seid für uns Menschen da, wann werdet ihr das kapieren?
In unsrem Stadtteil Billstedt gibt es mit Ärzten ein Problem.
Von manchen gibt es zu wenige. Das kann man deutlich sehen.
Auch da hilft oft der Kiosk mit seinem Angebot.
Mit Kontakten und Beratung hilft er in mancher Not.

Refrain:

Text (und Melodie): Uwe Böhm

Rote Stullen – Soziale Frühstücke

Frühstück isst (fast) jede_r! Wenn man sich dabei noch in einer angenehmen Runde über Politik unterhalten kann, umso besser! So geschehen am 1.10.2022 in der syrisch-orthodoxen Gemeinde im Rahmen der Sozialen Frühstücke. Dazu eingeladen hatten David Stoop und die Bürgerchaftsfraktion.

Durch das Frühstück konnten wir mit vier Menschen, die an der Partei interessiert sind zusammenkommen. Die Themen waren sehr divers und nicht ausschließlich politisch, die Stimmung dagegen heiter und es wurde viel gelacht.



Doch auch der politische Teil kam nicht zu kurz: Wir diskutierten über steigende Mieten, höhere Erbschaftssteuer, die Einführung einer Vermögenssteuer und über linke Modelle für einen Energiepreisdeckel. Besonders anregend fanden wir die Diskussion mit einem Hausbesitzer, der

einer Vermögenssteuer sehr skeptisch gegenüberstand. Nicht, weil er besonders reich ist, sondern weil sein Haus in Billstedt in den letzten Jahrzehnten dermaßen an Wert hinzugewonnen hat, dass er in die Nähe der 1-Millionen-Euro-Vermögensgrenze unserer Vermögenssteuervorschlags kommen könnte, ohne einen realen Nutzen durch die Wertsteigerung seiner Immobilie zu haben. Das Haus soll nämlich nicht veräußert werden, da seine Familie darin lebt. Gemeinsam gelang es uns, den Hausbesitzer zu überzeugen und Ressentiments gegenüber linker Politik abzubauen.

Außerdem gab es die Anfrage der syrisch-orthodoxen Gemeinde, sie bei Anträgen zu unterstützen. Durch die Parkplatzknappheit am Billstedt-Center wird das Gelände immer wieder zugesperrt, sodass eine Schranke installiert werden soll. Zudem besteht Renovierungsbedarf bei der Inneneinrichtung. Die Kontaktdaten der anwesenden Bezirksabgeordneten Maureen Schwalke und von Wolfgang Strauß, der im Regionalausschuss Billstedt sitzt, wurden direkt weitergegeben, um die Gemeinde bei ihrem Anliegen zu unterstützen.

Genau so funktioniert linke Stadtteilarbeit: Mit Interessierten ins Gespräch kommen, Ressentiments abbauen und praktische Hilfe anbieten, dort wo sie gewünscht wird! Übrigens: Die belegten Brötchen wurden nicht vorher in rote Lebensmittelfarbe getunkt. Rot waren daran nur die Tomatenscheiben.

Patrick Walkowiak

DIE LINKE schenkt ein

Unter dem Motto „Die Linke schenkt ein“ organisiert der Landesverband wöchentlich bis zum Jahreswechsel Aktionen, bei denen jeweils bis zu 100 Portionen Eintopf verteilt werden. Sie werden vom Genossen Björn Schwabe gespendet. Wir wechseln die Stadtteile und Bezirke zwar durch, dennoch soll sich eine gewisse Regelmäßigkeit ergeben.

Zwar schmeckten die Gerichte hervorragend, die „Beilage“ durfte vielen Gästen aber mindestens genauso gut gefallen haben: Neben dem Austausch über alltägliche und politische Themen, gab es die Möglichkeit einer Beratung zu rechtlichen und sozialen Fragen. Darüber hinaus wurde während unserer Veranstaltungen auf die parteilichen Beratungsangebote sowie praktische Finanztipps für Sozialhilfeempfangende hingewiesen.



Nach den ersten beiden Terminen in der Eimsbüttler Lenzsiedlung und in Billstedt muss man konstatieren, dass der Bedarf gewaltig ist! Sowohl das Essen, als auch die Beratungen wurden sehr herzlich entgegengenommen. In Eimsbüttel waren ungefähr 30 Gäste anwesend, dazu noch acht Genoss_innen. Auch viele Kinder waren dabei und wir erfuhren einiges über den Alltagskampf, mit dem sich viele Menschen momentan konfrontiert sehen. In Billstedt waren insgesamt zwar weniger Gäste anwesend (nur etwa 25), dennoch waren die Gespräche mindestens genau so intensiv. Außerdem zeigten zwei Personen direkt Interesse an unserer Partei, eine davon war wenige Tage später auf der Demonstration „Solidarisch aus der Krise“ am 29.10.2022 im Block unserer Partei dabei.

Die überwältigende Resonanz freut uns und wir werden trotz der Kritik und den Unwahrheiten, die über die Aktionsreihe verbreitet wurden, weiter machen. Dabei versuchen wir noch mehr lokale Initiativen einzubinden und effektiver für die Aktionen zu werben. Beispielsweise haben in Billstedt auch außerparteiliche Initiativen für unsere Aktion geworben und das übriggebliebene Essen wurde an „Jugendhilfe e.V.“ weitergegeben. An unserem nächsten Termin am 9.11.2022 kooperieren wir mit „Schorsch im IFZ“, einer Einrichtung für Kinder-, Jugend-, und Familienarbeit in St. Georg.

Von Nora Stärz und Patrick Walkowiak

Und hier die Sicht aus Billstedt:

Unter diesem Titel fand am letzten Montag (24.10.) in der AWO im Billstedt-Center eine Veranstaltung statt mit dem Untertitel **Eintopf Gespräche Unterstützung**. Mit dem nebenstehend abgebildeten Flyer wurde geworben.

Gleichzeitig wurden Plakate zur Werbung aufgestellt. Die Vorbereitungen waren leider sehr kurz-

Eintopf - Gespräche - Unterstützung
DIE LINKE SCHENKT EIN!

Überall steigen die Preise. Egal ob Lebensmittel, Energie oder Mieten: Es reicht! Wir wollen Euch einladen. Lasst uns bei einem warmen Essen über all die Probleme sprechen, die uns aktuell das Leben schwer machen. Und wir bieten Euch bei Interesse eine Sozialberatung überall dort an, wo es hakt. Bei Anträgen rund um Arbeitslosengeld (ALG), Wohngeld oder BAföG.

Ihr seid herzlich eingeladen!
Und nehmt gerne Familie und Freund:innen mit!

Ihr findet uns am 24. Oktober 2022 um 19 Uhr im:
AWO Seniorentreff Billstedt Center
Lorenzweg 2C, 22111 Hamburg

DIE LINKE

fristig. Trotzdem kamen an diesem Abend 25 Personen, mit denen gute Gespräche geführt wurden, einige nahmen auch das Unterstützungsangebot wahr. Es ist eine dieser Zeit angemessene Veranstaltung. Einige Besucher fragten, ob wir das Ganze noch einmal Wiederholen. Mein Dank geht an das Team Björn Schwabe für die Spende der Suppe, Nora, Laura, Quentin und Mo sowie Patrick Walkowiak für die Organisation und Hilfe.

Veranstaltungen dieses Typs werden in den nächsten Wochen in weiteren Bezirken stattfinden. Diese Veranstaltung war die zweite in dieser Reihe.

Wolfgang Strauß

SAGA-Unterschriftenaktion

Am letzten Freitag (28.10.) war DIE LINKE im Bahnhofs- und Korallusviertel von Wilhelmsburg unterwegs, um Unterschriften für unsere SAGA-Nachbarschaftsmieterinitiative zu sammeln. Damit unter anderem die Nachzahlungen auf die Betriebskosten nicht auf einmal von den Konten der SAGA-Mieter*innen abgebucht werden. Da das viele nun mal nicht packen, wäre eine individuelle Ratenzahlung dringend notwendig - auch und gerade vor dem Hintergrund, dass die SAGA im Grunde genommen ein städtisches Vermietungsunternehmen ist. Zudem soll die SAGA auf Mieterhöhungen verzichten und bei Mieter*innen die unverschuldet in Zahlungsverzug geraten, keine Kündigungen aussprechen. Und schließlich sollen die Gewinne, die von der SAGA an den Haushalt der Hamburgischen Bürgerschaft abgeführt werden, angesichts der aktuellen Situation für die Mieter*innen verwendet werden. Wie immer ist man nur gemeinsam stark.

Aber erstmal alles auf Anfang: Mitte letzter Woche haben wir einen Brief in alle Briefkästen derjenigen Häuser gesteckt, die wir dann am Freitag in Zweier-Teams besucht haben. Ein Brief, der an die SAGA in Wilhelmsburg gerichtet ist und auf eine Entlastung der sowieso schon arg gebeutelten SAGA-Mieter*innen abzielt.

Der Brief war für unsere Haustürgespräche ein sehr guter Einstieg. Denn die meisten SAGA-Mieter*innen hatten diesen Brief schon gelesen und so konnten wir neben guten Gesprächen auch zahlreiche Unterschriften sammeln. Diese Unterschriftenlisten werden wir dann mit unserem Forderungsbrief am Ende dieser Aktion - weitere Termine sind noch geplant - der SAGA in Wilhelmsburg übergeben.

Wie immer ist man nur gemeinsam stark. Wir versuchen also als Gruppe, als SAGA- Nachbarschafts-



Die Basisorganisation Wilhelmsburg/Veddel beim Unterschriften sammeln. Foto: BO Wilhelmsburg

mieterInneninitiative unseren berechtigten Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen.

Last but not least möchte ich unseren Genossen Heiner auch noch hervorheben, da er dieses Konzept aus Eimsbüttel mit einigen Veränderungen auf Wilhelmsburg übertragen hat. Bis dato auf jeden Fall erfolgreich, da wir schon fast 40 Unterschriften gesammelt haben. Und ab einer gewissen Anzahl kann die SAGA in Wilhelmsburg auch gar nicht mehr NJET sagen.

Sven-Friedrich Wiese



St. Pauli aktiv

Mitglieder der Stadtteilgruppe St. Pauli: Antonia, Manuel, Alexander, Verena und Martin (nicht mehr im Bild Antje, die wegen eines Termins früher weg musste) informierten Bewohner:Innen am Info-Stand am 5.10. über den bundesweiten Mietenaktionstag, der auch in Hamburg mit einer Demonstration am 8.10. abgerundet wurde, und sammelten Unterschriften für die beiden Volksinitiativen "Hamburg werbefrei" und "Hamburg enteignet".

-ena

Verkehrsversuch - Reeperbahn wird zur Radfahrmeile (MOPO 18.10.2022 S.8/9 nicola.daumann@mopo.de Journalistin der MOPO Hamburg)

Wo führt uns das alles bloß nur noch hin? Natürlich werden wir so und durch andere Maßnahmen allmählich in eine sogenannte rot-grüne Ökodiktatur hingeführt, die so gar nicht vorgesehen ist laut unserem Parteiprogramm. Es wurde bereits vor einiger Zeit auf einer BMV von Mitte beschlossen, dass die Autofahrer nicht der Sündenbock sind. Durch einen eingerichteten Radweg wird es an dieser Stelle der Reeperbahn stadteinwärts dann eben wie von rot-grün gewollt Stau und stockenden Verkehr geben zum Schutz des Klimas und der Erde, damit die Emissionswerte ordentlich schön ansteigen. Das ist besonders gut für das Weltklima überall. Damit auch eben der Hamburger Fischmarkt schneller als berechnet so, regelmäßig unter Wasser steht. Auch der Süderelberaum wäre inklusive des Hafens dann nur noch mit Booten erreichbar. Scheinbar erhofft es sich so der rot-grüne Senat eines Tages.

Schon 1990 wurde unter einem anderen Programm durch die SPD, nachdem ein Kind durch einen rechtsabbiegenden LKW in der Stresemannstraße getötet worden war, auf einem Stück dieser Straße Tempo 30 eingeführt, was bis heute gilt. Die Steigerung davon wäre, wenn in ganz Hamburg auf allen Straßen nur noch Schritttempo gälte und in der gesamten Stadt eine flächendeckende Spielstraße eingerichtet würde. Wäre das nicht so richtig schön, in einer solchen Stadt zu leben, zu wohnen und zu arbeiten?

Leider nervt es mich so dermaßen, obwohl ich auch Rad fahre und auch ÖPNV fahre. Das Auto steht zukünftig in der Garage dauerhaft und muss

ab und an bewegt werden. Zu prüfen wäre hier ein Anspruch, den es nicht gibt und der nicht prüfbar ist. Wir befinden uns nun im blanken Irrsinn. Ich warne bereits seit vielen Jahren davor und ich gehe nun dazu über mögliche Szenarien und spätere Auswirkungen zu beschreiben. Zudem: Wenn der Kraftstoffverbrauch durch ständiges und kontinuierliches Abbremsen und Anhalten derart ansteigt, dass durch erhöhten Tankbedarf so wesentlich mehr Steuern und Abgaben eingenommen werden. Zum einen werden Fahrräder und umweltfreundliche Mobilität vorgebracht, aber gleichzeitig werden alle kaltgestellt durch künstlichen Stau. Ich zahle schließlich als Halter eines Kraftfahrzeugs erheblich Abgaben und Steuern. Es bedarf eines Paradigmenwechsels.

Soll es denn wirklich mit dieser Antipolitik gegen andere zukünftig immer so weiter gehen? Diesem ganzen Übel müssen politische Grenzen gesetzt werden. Wir müssen als LINKE diesem entschieden entgegenzutreten. Wir brauchen solche Zonen weder in Wandsbek in der Schloßstraße, noch auf der Reeperbahn. Wir sind eine Millionenmetropole, wo sehr vieles auf engstem Raum sich befindet und zudem brauchen wir hier solches Experiment nun überhaupt nicht. Die Unfallzahlen mögen zwar vorgeschoben werden, aber dafür gibt es bereits bestehende Gesetze. Inzwischen mag ich persönlich diese Stadt so nun überhaupt nicht mehr.

Roberto Perez Hagen

Geplanter Verkehrs Staupunkt Osterstr./Heußweg in Hamburg **Eimsbüttel** MOPO 26.10.2022

Offenbar ist die rot-grüne Bürgerschaft im Hamburger Rathaus nun völlig irre geworden und plant ein gigantisches Verkehrsstauprojekt in Form eines japanischen Zebrastreifens wie in Tokio der in alle 4 Richtungen führt einzurichten. Zum Vergleich einmal der Relationen zwischen Japan und Deutschland, leben in Japan 110 Millionen EinwohnerInnen, während hier bei uns ca. 80 Millionen Einwohner leben. In Japan sind sämtliche Großstädte sehr dicht bevölkert und bewohnt, so dass sich tagtäglich einige Millionen Japaner in diesen Städten hin und her bewegen. In Hamburg hält es sich bislang noch in Grenzen.

Im Bereich Osterstraßen/Heußweg lief in der Vergangenheit der Verkehr ja. Nun will die rot-

grüne Bürgerschaft dort, den Verkehr entschleunigen, damit alle Anwohner dann im Stau und Abgasnebel leben müssen. Ein solcher 4-seitiger japanischer Zebrastreifen, würde wahrscheinlich mit einer Ampelkreuzung verbunden werden, die dann regelmäßig in allen Richtungen Rot zeigt und die Grünphasen für den motorisierten Verkehr erheblich kurz ausfallen, damit es dort regelmäßig schön viel Stau gibt.

In der Kurt-Schumacher-Allee und im Nagelsweg ist zu beobachten, dass es bei Stau dort regelmäßig zu dauerhaftem Hupengetöse führt. Denn der Mensch, der im Auto sitzt hinter dem Steuer, wird dadurch naturgemäß aggressiv, was mit der Entwicklung der gesamten Menschheit aus der

frühen Zeit zusammenhängt. Diese rot-grüne Koalition achtet die Menschenwürde aus Art.1 GG nicht. Seit Jahren werden Autofahrer drangsaliert und fertig gemacht durch Verkehrs-Entschleunigungen. Ziel dabei ist es den Verkehr zum Erliegen zu bringen und den Klimawandel zu beschleunigen, so dass das Weltklima durch ungünstige Verkehrsverhältnisse eben durch flächendeckende Entschleunigung und erhöhtes Abgasausstoßen verschlimmert und verschlechtert wird. Obwohl man weiß, dass nur ein flüssiger Verkehr dem Weltklima nützt. Irgendwie scheint das bei der rot-grünen Koalition in Hamburg immer noch nicht angekommen sein.

Das alles hat ja auch seit den 1990er-Jahren eine Vorgeschichte. Anfang der 1990er-Jahre wurde ja auf allen Hauptverbindungsstraßen innerorts in Hamburg, die Geschwindigkeit von 60 km/h auf 50 km/h reduziert, damit sich der Verkehr vermehrt staut und nicht mehr flüssig läuft und möglichst wenige Fahrzeuge die Grünphasen schaffen und gezwungen sind bei Rot zu bremsen.

Hinzu kommt ja jetzt noch die Einrichtung von sogenannten Fahrradschutzstreifen auf Hauptverbindungsstraßen, was zur Folge hat, dass bei gestrichelten und nicht durchgehenden Linien die Autos sich nun weniger an das Rechtsfahrgebot halten und in der Mitte der Fahrstreifen fahren. Da wo es keine Radwege gibt, mussten Fahrräder schon immer auf der Fahrbahn fahren. Ich weise hiermit darauf noch einmal hin, dass der Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit eines der höchsten Rechtsgüter ist. Un-

Anmerkungen zu den Artikeln von Roberto:

Ich bin ja kein ausgewiesener Verkehrspolitiker und ich bin auch kein Freund oder Verteidiger des rot-grünen Senats. Aber mir will doch scheinen, dass Roberto sich mit seinen Artikeln auf dünnes Eis begibt, insofern als er sich offenbar bedingungslos auf die Seite des motorisierten Individualverkehrs schlägt. Das kann nicht die Haltung der Linken sein.

Es muss uns darum gehen, mindestens die Gleichberechtigung der VerkehrsteilnehmerInnen voran zu bringen, und das bedeutet zunächst einmal, sich von der von ihm propagierten autogerechten Stadt zu verabschieden. ÖPNV, FahrradfahrerInnen und FußgängerInnen haben die gleichen Rechte wie AutofahrerInnen, und dem hat die Verkehrspolitik Rechnung zu tragen.

terbrochene Radwege an Bushaltestellen können durchaus lebensgefährlich für Radfahrer werden. Es ist doch der reine Wahnsinn, als Radfahrer vom Radweg der auf dem Fußweg verläuft, nun gezwungen zu werden, auf die Fahrbahn zu wechseln. Das ist ja mitunter total lebensgefährlich.

Auch die Kreuzung Sievekingsalle/Rennbahnstraße/Herrmannstal stadtauswärts im Bereich der Bushaltestelle U-Bahn Horner Rennbahn stellt meines Erachtens eine Lebensgefahr dar. Hier befinden wir uns nun im Bereich der Staatshaftung aus § 839 BGB i.V.m. Art.34 GG. Wenn der motorisierte Verkehr in Richtung stadtauswärts dort grün hat, haben auch die Radfahrer grün und werden durch eine lebensgefährliche Radwegführung auf die Fahrbahn geleitet, während die Linienbusse nun nicht mehr ungehindert die Haltestelle anfahren können. Kraftfahrzeuge die nach rechts oder links abbiegen müssen Fußgänger und Radfahrer beachten. Aber hier wird geradeaus gefahren seitens der Radfahrer. Durch die Grünphase der Räder und Busse findet nun ein Fahrstreifenwechsel statt, der sich offenbar so, gar nicht rechtlich regeln ließe. In diesem Punkt kommt es zu einer Rechtskollision. Das gleiche Spiel sieht man auch, wenn Fahrräder die Busse nicht anfahren lassen, im Bereich von Haltestellen wo ein unterbrochener Radweg verläuft. Es scheint nun die Zeit gekommen zu sein, diese rot-grüne Verkehrsplanung politisch und rechtlich einmal genauer unter die Lupe zu nehmen.

Roberto Perez Hagen

Ganz davon abgesehen klingt die Argumentation in Sachen Stau und Umweltschutz sehr nach ADAC in früheren Zeiten und nicht nach belegbaren Fakten. Ebenso kann ich schwer nachvollziehen, dass der/die AutofahrerIn an der roten Ampel „naturgemäß“ aggressiv wird, während ich als Radfahrer oder Fußgänger naturgemäß geduldig zu warten habe, damit der motorisierte Individualverkehr munter fließen kann – da scheint mir doch manches aus dem Gleichgewicht geraten zu sein.

Aber vielleicht habe ich ja auch die LINKE Programmatik nicht richtig verstanden ...

Bernhard Stietz-Leipnitz



„Zeitkapsel Lagerhaus G“

Ausstellung und Veranstaltungsprogramm auf der Veddel

Der Verein Erinnern und Lernen am Dessauer Ufer e.V. in Kooperation mit der Initiative Dessauer Ufer zeigt die Ausstellung „Zeitkapsel Lagerhaus G“ in der Galerie Hypercultural Passengers auf der Veddel. In der Ausstellung gibt es einen Überblick zum Lagerhaus G mit Biografien ehemals Inhaftierter, Fotos, Plänen, einem Modell, Filmen und Audiomaterial, Utopien und Raum für Fragen, Ideen und Visionen. Die Ausstellung ist vom 11.11.22 bis zum 27.11.22 zu sehen.

Das Lagerhaus G, ein 24.000 qm großer Speicher für Kolonialwaren wie Kaffee, Tabak und Tee, wurde ab 1903 auf dem Kleinen Grasbrook errichtet. In den Jahren 1944/45 war es als Außenlager des KZ Neuengamme Unterbringungsort für mehrere tausend Häftlinge. Kaum ein Ort im Stadtgebiet ist so geeignet, an das Ausmaß der NS-Zwangsarbeit im Hafen zu erinnern und damit eine Leerstelle in der Hamburger Erinnerungskultur zu füllen.

Mit der Ausstellung und dem Veranstaltungsprogramm möchten der Verein und die Initiative über Erinnerungskulturen und Stadtplanung von unten ins Gespräch kommen und diskutieren: Wie kann beides für das Lagerhaus G neu gedacht und umgesetzt werden? Wie können Erinnern und Gedenken mit einer gemeinwohlorientierten, solidarischen Zukunft verbunden werden? Der Verein lädt mit partizipativen Elementen dazu ein, sich an stadtpolitischen Diskussionen zu beteiligen.

Die Ausstellung wurde bereits 2021 in Zusammenarbeit mit dem Freiraum des Museums für Kunst und Gewerbe Hamburg konzipiert und wurde im selben Jahr in der xPon-Art-Galerie und in diesem Jahr im Deutschen Hafenumuseum gezeigt. Einige Elemente wurden aber beschädigt und müssen daher nachgedruckt sowie an den neuen Ausstellungsstandort auf der Veddel angepasst werden. Das Veranstaltungsprogramm wird ebenfalls an diesen Standort angeglichen. Im Rahmen der Wochen des Gedenkens des Bezirks Mitte fand am 7. Mai die Podiumsdiskussion „Zukunft des Lagerhaus G – Partizipation und Perspektiven“ im Deutschen Hafenumuseum statt. Ziel war die Geschichte des Hauses zusammen mit den Möglichkeiten einer zukünftigen Nutzung zu diskutieren, insbesondere in Zusammenhang mit dem neu entstehenden Stadtteil Grasbrook und der Bedarfe der angrenzenden Stadtteile Veddel und Wilhelmsburg. An diese Diskussionen möchte der Verein mit dem Ausstellungsprojekt gerne anknüpfen.

Der Verein fordert für das Lagerhaus G nicht nur einen Gedenk- und Lernort, sondern auch Begegnungsräume für die angrenzenden Stadtteile Veddel und Wilhelmsburg sowie den neu entstehenden Stadtteil Grasbrook. Diese Räume sollen sich einerseits an der Geschichte des Hauses orientieren, andererseits an den Bedürfnissen der Anwohner_innen. Mit der Ausstellung, besonders den partizipativen Elementen, soll das Interesse der Anwohner_innen für das Lagerhaus G und die Gestaltung des neuen Stadtteils geweckt werden. Der Austausch über lokale Geschichte ist demnach wichtig, um gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Besonders die Geschichte der NS-Zwangsarbeit im Hafen ist vielen bis heute nicht bekannt, obwohl die Geschichte des Hafens und der Stadtteile Wilhelmsburg und Veddel eng verknüpft sind. Diese Leerstelle soll durch das Projekt aktiv angegangen werden. Daher ist auch der Ausstellungsort direkt auf der Veddel, also in unmittelbarer Umgebung des historischen Ortes ein wichtiger Faktor. Es soll darum gehen die Stimmen der Stadtgesellschaft einzufangen und gleichzeitig die Hamburger_innen, die an der Hafengeschichte interessiert sind, auch für den Blick auf Zwangsarbeit zu sensibilisieren.

Zu dem Rahmenprogramm gehört deshalb auch ein Rundgang am Lagerhaus G sowie eine Filmvorführung in der Immanuelkirche Veddel, die mit dem angegliederten Café Nova ein wichtiger Begegnungsort im Stadtviertel ist.

Mit verschiedenen Akteur_innen des Stadtviertels Veddel wie New Hamburg und Poliklinik Veddel soll über Stadtteilarbeit, Kultur und die Zukunft unserer Projekte im Hinblick auf die Entwicklung des Stadtteils Grasbrook diskutiert werden

Alle Veranstaltungen werden von Ehrenamtlichen der Initiative Dessauer Ufer und des Vereins durchgeführt und sind für die Besuchenden kostenfrei. Dadurch soll es allen Bewohner_innen und Nachbar_innen und allen Interessierten möglich sein diese Angebote wahrzunehmen.

Folgende Veranstaltungen sind geplant:

- 11.11- 27.11.22 Ausstellung 'Zeitkapsel Lagerhaus G'

Öffnungszeiten: wird noch mitgeteilt

Ort: Galerie Hyper Cultural Passenger e.V., Sieldeich 36, 20539 Hamburg

- 11.11 Vernissage, Eröffnung der Ausstellung 'Zeitkapsel Lagerhaus G'

Zeit: wird noch mitgeteilt

Ort: Galerie Hyper Cultural Passenger e.V., Sieldeich 36, 20539 Hamburg

- 12.11.22 Rundgang am Lagerhaus G, Einführung in die Geschichte des KZ Außenlagers Dessauer Ufer,

Zeit: 15 Uhr

Ort: Treffpunkt: Ausgang S-Bahn Veddel, Wilhelmsburger Platz

- 18.11.22 Grasbrook Talk mit Akteur_innen der Veddel, u.a. mit New Hamburg, PoliKlinik Veddel und Initiative Dessauer Ufer

Zeit: 19 Uhr

Ort: Café Nova, Wilhelmsburger Str. 73, 20539 Hamburg

- 25.11.22 Filmvorführung 'Lagerhaus G' mit anschließendem Gespräch mit Filmemacher Markus Fiedler

Zeit: 19 Uhr

Ort: Immanuel Kirche, Wilhelmsburger Str. 73, 20539 Hamburg

- 26.11.22 Finissage, Ende der Ausstellung 'Zeitkapsel Lagerhaus G'

Zeit: wird noch mitgeteilt

Ort: Galerie Hyper Cultural Passenger e.V., Sieldeich 36, 20539 Hamburg

Dank an Jürgen Olschok für die Info zum Lagerhaus G oben. Mich freut besonders, dass die Veranstaltungsreihe stattfindet, nachdem die CDU als Teil der DeKo im Kulturausschuss die Vergabe von Projektmitteln dafür mit einem üblen Winkelzug verhindert hat. -besel

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 01.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Mittwoch, 09.11., 19:00 Uhr:

DIE LINKE schenkt ein:

Eintopf – Gespräche – Unterstützung
Schorsch, Rostocker Straße 7 (s. S. 7)

Donnerstag, 10.11., 18:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 10.11., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Spökelbarg 20, Grieche „Kulinaria“

Montag, 14.11., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Mittwoch, 16.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 17.11., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
Taverna "ROMANA", Schulterblatt 53
(Nebenraum)

Freitag, 25.11., 18 Uhr

Bündnisdemo zum Tag gegen Gewalt an Frauen
Theodor-Heuß-Platz (siehe S. 4)

Dezember 2022

Dienstag, 06.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Donnerstag, 08.12., 18:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 08.12., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Spökelbarg 20, Grieche „Kulinaria“

Donnerstag, 08.12., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
Taverna "ROMANA", Schulterblatt 53
(Nebenraum)

Mittwoch, 21.12. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.

Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer		
Jörg Otto	0163 8509508	
Norbert Weber		
Petra Zepter		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX